

**Zeitschrift:** Der klare Blick  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 2 (1961)  
**Heft:** 2

## Rubrik

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

che, der Chruschtschew veranlasste, ihnen den Kampf anzusagen. Die Genossenschaftsbauern widmen ihr Interesse natürlich vorwiegend dem ihnen persönlich gehörenden Teil und nehmen an den allgemeinen Arbeiten so wenig als möglich teil. Dieser Bedrohung des Kollektivsystems soll nun entgegengewirkt werden.

Die Kampagne setzte 1959 ein, basiert aber auf einen ZK-Beschluss von 1956, als den Kolchosen «empfohlen» wurde, die Grösse der Nebengewirtschaften neu zu regeln (d. h. zu verkleinern) und die Grösse vom Arbeitseinsatz abhängig zu machen. Der Anteil der Hofstellen an den Kolchosen ist in den letzten beiden Jahren von rund vier Prozent auf vermutlich etwa zwei Prozent gefallen. Viele Bauern wurden veranlasst, ihren persönlichen Besitz «freiwillig» aufzugeben. Gleichzeitig wurden die Massnahmen gegen Landwirte, die sich nicht genügend für das Kollektiv einsetzen verschärfte: Zwangsumsiedlungen, von Kame-radschaftsgerichten verhängt und den lokalen Sowjets bestätigt, wurden schon 1959 zu Tausenden durchgeführt, namentlich in Kasachstan. (Wohin man von dort aus noch deportiert werden soll, ist weniger ersichtlich.)

In den Satellitenstaaten ist die Entwicklung noch unterschiedlich. Wo die Kollektivierung noch wenig durchgeführt ist, wie etwa in Polen, will man auf das Lockmittel der Nebengewirtschaft nicht verzichten. Am weitesten fortgeschritten ist in ihren Massnahmen die CSSR (KB, Nr. 49, 1960).

#### Wohin es führt

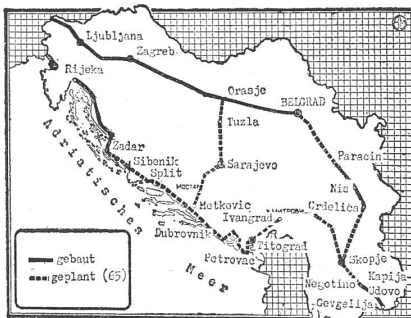
Was wird geschehen, wenn einmal die Hofstelle vollständig aufgehoben sein wird? Der Bauer arbeitet gern für sich, für die Kollektivwirtschaft aber nur das unvermeidbare Minimum. In der Sowjetunion häufen sich die landwirtschaftlichen Schwierigkeiten parallel mit dem Rückgang der Nebengewirtschaft (natürlich nicht nur aus dieser Ursache). In der «Kornkammer» Ukraine geriet das nicht rechtzeitig eingebrachte Getreide unter die winterliche Schneedecke. Ähnliches war in reichem Ausmass aus dem Neulandzentrum Kasachstan zu melden. Aeusserst charakteristisch ist es nun, dass das Getreide der Hofstellen überall und durchwegs eingebracht und gedroschen wurde, nicht aber dasjenige der Kollektivbetriebe. Chruschtschew's Rechnung lautet: Wenn der Privatbesitz dem Interesse des Bauern entzogen wird, muss sich dieses dem Kollektivbesitz zuwenden. Bisher aber weist nichts daraufhin, dass diese Rechnung aufgeht.

#### Verkehrspolitik

##### Jugoslawien

### Strassennetz-Ausbau

Wie die «Borba» berichtet, sieht der neue jugoslawische Fünfjahresplan 1961—1965 auch den Bau moderner Strassen und Eisenbahnlinien vor. Als erste wird die grosse Autostrasse (genannt «Brüderlichkeit und Einheit») Ljubljana—Gevgelija (siehe unsere Karte) gebaut, die bereits von Ljubljana bis Belgrad fertiggestellt ist. Die Teilstrecke Belgrad—Gevgelija soll 1963 vollendet sein. Im Zuge des Fünfjahresplanes soll auch die Adria-Autostrasse Rijeka—Zadar—Split—Dubrovnik—Titograd—Ivangrad, die grosse touristische Bedeutung ha-



ben wird, fertig erstellt werden. Die Teilstrecke Zadar—Ivangrad sowie Kosovska Mitrovica—Skopje soll bis dahin ebenfalls in Betrieb genommen werden können, da die Strecke Rijeka—Zadar bereits besteht. Gleichzeitig wird die Strecke Metkovic—Mostar—Sarajevo—Tuzla—Orasje gebaut, die als «Bosnienstrasse» zu bezeichnen ist. Sie verbindet die Adriatrasse mit der Autostrasse Belgrad—Zagreb. Insgesamt werden 1130 km neuer Strassen angelegt. Ueberdies soll nächstes Jahr die Strasse Belgrad—Lazarevac—Milanovac—Cacak—Titovo Uzice (mit Ausnahme von 15 km durch das Ovar—Kablar—Gebiet) beendet werden.

Im Rahmen des genannten Planes werden auch 338 km Eisenbahnlinien gebaut.

#### Religion

##### Jugoslawien

### Rätselhafte

### Auferstehung der Heiligen

Zum erstenmal seit Kriegsende hat die Serbisch-Orthodoxe Kirche die Fürbitte-Gottesdienste zu serbischen Heiligen wieder eingeführt. Diese Gottesdienste werden jeden Dienstag in der Belgrader Kathedrale abgehalten, wo die Ueberreste dieser Heiligen aufbewahrt werden. Die Tatsache, dass diese Gottesdienste wieder aufgenommen wurden, deutet auf eine Entspannung im Verhältnis zwischen Kirche und Staat hin. In den letzten Jahren tat die Kirche nichts, oder wagte es nicht, diese Gottesdienste aufrechtzuerhalten, da dies als Gefährdung der Brüderlichkeit und Einheit der jugoslawischen Völkerschaften aufgefasst würde, die den konfessionellen Frieden hätte stören können.

Die Verehrung dieser Heiligen ist als Ausdruck des Serbentums und der serbischen Orthodoxe zu bezeichnen. Ausserdem waren diese Heiligtümer bis 1941/42 in den Klöstern von Fruska Gora untergebracht, als diese Klöster von Ustaschis (Parteiliz der faschistischen Bewegung Ante Pawelitsch) beschädigt wurden. Mit Erlaubnis der deutschen Besatzungsmacht brachte eine spezielle Kommission der Serbisch-Orthodoxen Kirche die Reliquien nach Belgrad zurück und rettete sie vor der Vernichtung. Seit der Ueberführung (1942) wurde bis 1945 in der Belgrader Kathedrale Fürbittegottesdienste abgehalten, die alsdann auf Wunsch der Regierung eingestellt wurden. Im Kommentar des offiziellen Kirchenblattes «Glasnik», November/Dezember 1960, (Amtsblatt der Serbisch-Orthodoxen Kirche) wird dazu u. a. ausgeführt, «dass die Wiederaufnahme der Fürbittegottesdienste dazu bestimmt ist, das serbische Volk — wie immer in schweren

Zeiten — zu schützen.» Es wird dabei auf die geschichtlichen Zusammenhänge verwiesen, wie die Schlacht auf dem Amselfelde (Kosovo) gegen die Türken, wo das serbische Volk vom mächtigen Feinde bedroht und sein Glaube und seine Freiheit mit Füssen getreten wurden. Das Volk überlebte, weil es — nach dem erwähnten Blatt — den Weg ging, den ihm seine Heiligen gewiesen haben.

Mit diesem Kommentar wurde im offiziellen Blatt der Serbischen Kirche die Predigt des Patriarchen German (13. September 1960) in der Kathedrale von Belgrad kommentiert, als der Geistliche die Wiedereinführung der erwähnten Fürbittegottesdienste erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg einleitete. Dass diese auf einen Dienstag fallen, hängt damit zusammen, weil die Schlacht auf dem Amselfeld im Jahre 1389 an einem Dienstag stattfand.

Die Wiederaufnahme dieser Fürbitte-Gottesdienste erfolgte vermutlich mit Zustimmung der Regierung, wobei sich die Frage aufdrängt, warum sich diese zu einer liberaleren Haltung gegenüber der Kirche entschlossen hat. Zwei Gründe könnten hierfür in Betracht kommen: der erste ist vielleicht in der wirtschaftlichen Lage des Landes zu suchen sowie im Mangel an den nötigen Mitteln für die Durchführung des neuen Fünfjahresplanes und der beabsichtigten Devisenreform, um westeuropäische Kreditgeber für sich zu gewinnen. Der andere Grund könnte politischer Natur sein. Vom Osten bedroht (nach den Moskauer Erklärungen der 81 Kommunistischen Parteien vom Dezember 1960) sieht sich die Regierung möglicherweise gezwungen, sich im Inland versöhnlicher zu zeigen und damit den Widerstandswillen gegen die Bedrohung zu festigen, indem sie versucht, über alle Schranken der Konfessionen hinweg und mit deren Hilfe die Einigkeit und Bereitschaft zum Widerstand zu stärken.

#### Handelsnotizen

Die jugoslawische Firma «Jugoinpekt» wird die Kontrolle des für Polen und der VAR bestimmten kubanischen Zuckers übernehmen. («Privedni pregled», 24. Dezember.)

Der jugoslawisch-schweizerische Handelsaustausch in den ersten neun Monaten 1960 betrug 19,5 Millionen Dollar. («JWI», 15. Dezember.)

#### Gegen den Atomtod

Der jugoslawische Arzt Dr. Branko Miletic hat ein neues Biotikum für die Rettung menschlicher Zellen entdeckt, die nach radioaktiver Bestrahlung sonst absterben. («Borba», 31. Dezember.)

#### Literatur

##### Bulgarien

### Prosa ungenügend

Die bulgarische zeitgenössische Literatur verfügt über grosse Talente der gebundenen Form, aber Prosaschriftsteller und Dramatiker widmen sich zuwenig den Lebensproblemen, die eine Lösung verlangen. Zu diesem Schluss gelangte Georgi Karalaroff, Generalsekretär des bulgarischen Schriftstellerverbandes, in einem Interview für die Silvesternummer der «Otechestven Front» in Sofia. Die aktuelle Hauptaufgabe sah er darin, «die schöpferischen Kräfte aller bulgarischen Schrift-

steller zu mobilisieren, um eine Literatur von hohen ideologischen und künstlerischen Qualitäten zu schaffen».

Dass das Programm der ideologischen Schulung gründlich an Hand genommen wird, zeigte kürzlich ein weiterer Beitrag der gleichen Zeitung, in dem der Arbeitsplan des Schriftstellerverbandes für 1961 dargelegt wurde. Weitergeführt werden soll vor allem die Vortragstätigkeit in sämtlichen Sektionen. Sie war schon im vergangenen Jahr stark gefördert worden. Als politische Richtlinien wurden die Beschlüsse der Moskauer Parteierklärung gutgeheissen.

«Otetschestven Front» und das ebenfalls in der bulgarischen Hauptstadt erscheinende Organ «Rabotnitschesko delo» gehören zu den kommunistischen Zeitungen, die einer auch qualitativ befriedigenden und formal originellen Kunstausserung für politische Zwecke grossen Auftrieb verliehen. Sie spielten auch eine bedeutende Rolle in der künstlerischen Aufwertung der politischen Karikatur, die sich allgemein im Osten in den letzten Jahren von der plumpen Klischeedarstellung (heute noch in der DDR die Regel) zu einer geistreich und perfid geführten Waffe gewandelt und das westliche Niveau in relativ kurzer Zeit zum mindesten erreicht hat.

Die den Roman- und Theaterautoren gegenüber erhobenen Forderungen nach Darstellung von «Lebensproblemen» kommt nicht von ungefähr. Mit vermehrter Produktion in dieser Richtung soll vor allem eine Lücke ausgefüllt werden. Noch vor einem Jahr hatte sich die Rückschau vor allem mit der westlichen Gegenwartsliteratur befasst, welche die Leserschaft mehr zu fesseln vermochte, als klassenbewusste kommunistische Werke. Man hatte sich über den Erfolg amerikanischer Schriftsteller wie Hemingway und Thornton Wilder beklagt.

Tatsächlich liegt das Problem darin, dass sich gerade die besseren Schriftstellerpersönlichkeiten lieber nicht auf das heikle Gebiet der «sozialistischen Wirklichkeit» begeben wollen, das sie zu beackern jenen «Literaten» überlassen, welche die bekannten Plansollerfüllungsromane verfassen, die sich nicht einmal als Schlummerlektüre eignen, da die Methode des Schäfchenzählens doch unterhaltsamer ist.

Mit diesen Erzeugnissen hat sich die bulgarische Leserschaft offensichtlich nicht abgefunden. Deshalb die dringliche Forderung nach ideologischen und künstlerischen Qualitäten. Karaslavoff selbst hat seine Erfahrungen gemacht. Er war nach 1955 stark kritisiert worden, als innerhalb des Schriftstellerverbandes eine starke Mitgliedergruppe grössere künstlerische Freiheit verlangte, die er zu bremsen versuchte. Der «Schriftstellerdiktator» brauchte damals den ganzen Rückhalt der Partei, um sich zu halten, und versucht nun, zwischen den Exponenten ideologischer und künstlerischer Forderungen zu lavieren. Er proklamiert so weit wie möglich die Einheit dieser schwer vereinbaren Prinzipien.

Nach wie vor stellen ausländische Erzeugnisse einen begehrten Beitrag im bulgarischen Literaturleben dar. Literarische Uebersetzer sind — im Gegensatz zum Westen — hochbezahlte Arbeitskräfte. Was «Rabotnitschesko delo» als typische Uebersetzerarbeiten des vergangenen Jahres betrachtet, zeigt sich in folgendem Neu-

jahrsepigram, wo neben zwei russischen Schriftstellern der späten Zarenzeit auch westliche Klassiker figurieren:

Uebersetzer

*Er übersetzt für eine Menge Geld  
Njekrassow, Heine, Shakespeare, Blok...  
Und hat für seine Büchergestelle  
Die teuerste Wohnung im Wohnblock gekauft.*

Zum Programm des Jahres gehört eine vermehrte feuilletonistische Literatur, die überall im Osten ein beliebtes Forum für innenpolitische Auseinandersetzungen und Kritik abgibt, teils als Sprachrohr parteilich gewünschter Aenderungen, teils als kontrolliertes Ventil für die öffentliche Meinung.

Politische Verse können in Bulgarien weit von der öden «Traktor- und Stachanow-Lyrik» entfernt sein. Das folgende Beispiel aus «Rabotnitschesko delo» über mangelhafte Ausführung der Arbeit im Bau-sektor kritisiert die Zustände, für die nicht alle Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden, mit überraschender Deutlichkeit (sinngemäss übertragen):

*Kaum stand das Haus,  
Da lag es schon.  
Es sitzt der Architekt.  
Er hat und wurde eingesteckt.  
Erhielte jeder seinen Lohn,  
Die Städte sähen besser aus.*

*Zusammenarbeit zwischen Fabrik und Theater laut «Trud», Sofia: Im Austausch für die Aufführung Unirentreuer Stücke, erhalten Schauspieler Plätze in den Arbeiter-Erholungsheimen.*

## Schweizer Importlyrik

Die in mehreren ausländischen Sprachen in Sofia alle zwei Monate erscheinende Zeitschrift «Bulgarische Kurorte» veröffentlichte in ihrer letzten deutschsprachigen Ausgabe folgenden Beitrag von «Jacques Jurbain — Schweiz»:

*Nachdenklich frei,  
wie ein offenes Buch,  
dem Leben zugewandt,  
geh ich gemach  
den Boulevard «Russki» entlang,  
und die Frische des Sommers  
im hereinbrechenden Dämmer  
umfasst meine Schultern  
wie der Arm eines Freundes.  
Ich fand hier das Glück  
und bin zufrieden.*

## Die friedliche Sezession in Uganda: Buganda

Wir haben bereits in der letzten Nummer darauf hingewiesen, dass Bugunda die Sezession von Uganda, dem britischen Protektorat in Ostafrika, bekanntgegeben hat. Unsere Karte möchte dazu als Illustration dienen. Uganda das 208 000 Quadratkilometer Fläche und eine Bevölkerung von rund 5 Millionen Einwohnern aufweist, gliedert sich in 4 Provinzen: Nord-, West- und Ostprovinz und Buganda, letztere mit der Hauptstadt Kampala. Oberste Spitze der umfassenden Selbstverwaltung der Eingeborenen sind in der Provinz Buganda der König (Kabaka). Er wird wie alle Eingeborenenherrscher der übrigen Distrikte von Ministern und Eingeborenenräten unterstützt (Lukikos, aus Stammesführern und gewählten Mitgliedern). Die Lukikos führen ihre Verwaltungsaufgaben unter Aufsicht der Protektoratsregierung aus.

In der Juli/August-Nummer wird dem nachdenklich freien offenen Buch vielleicht ein Neujahrsgedicht zu entnehmen sein.

Oeppan aso:

*Versunken in Betracht  
wie die gesammelten Werke  
von Lenin  
stürm ich dahin,  
den Wind im Rücken,  
der mir durch die  
volkseigene Bluse  
ins Mark dringt  
wie lyrischer Atem.  
So fand ich den Schnauf  
und singe weiter.*

### Todesurteile

wegen Wirtschaftsverbrechen, eine in Bulgarien keineswegs seltene Erscheinung, gab es wieder bei einem Riesenprozess in Varna, wo insgesamt 56 Urteile gefällt wurden. Die Todesstrafe wurde über zwei Geschäftsführer eines staatlichen Warenhauses verhängt, die mit andern Angeklagten zusammen über eine Million Lewa veruntreut hätten.

### Allgemein

## Zur Entwicklung der Entwicklungshilfe

Ueber die «Universität der Völkerfreundschaft» in Moskau haben wir bereits verschiedentlich berichtet. Chruschtschew hatte schon am 23. Februar 1960 in Djakarta (Indonesien) vor Studenten ausgeführt: «In dem Wunsche, den Ländern (Asiens, Afrikas und Lateinamerikas) bei der Ausbildung nationaler Kader von Aerzten, Ingenieuren und Lehrern zu helfen, hat die Sowjetunion beschlossen, in Moskau eine Universität der Völkerfreundschaft zu gründen.

Dieser Ausspruch wurde — leider! — in der westlichen Hemisphäre viel zu wenig beachtet. Erst als am 17. November 1960 diese Universität unter Beisein der sowjetischen Prominenz und zirka 2000 Gästen aus 60 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas stattfand, begann man wieder einmal aufzuhorchen.

Man verlas dabei auch die Grüsse, welche prominente Leute aus den Entwicklungsländern übermittelten. Neben Ministerpräsident Nehru erwähnte man unter den Gratulanten u. a. Präsident Sekou Touré aus Guinea, Präsident Osvaldo Dorticos (Kuba), die Ministerpräsidentin von Cey-



Ion, Bandaranaike, der Staatschef von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanouk, und andere mehr.

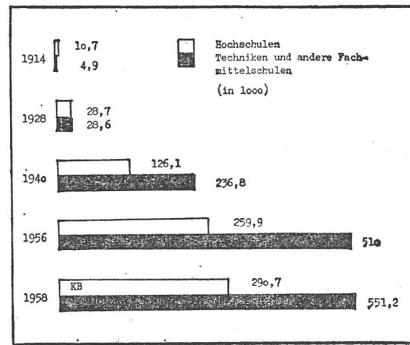
War bisher Prag ein besonderes Zentrum für die Ausbildung von Eliten aus Uebersee, so muss man jetzt annehmen, dass das Schwergewicht nach Moskau verlagert werden wird. Die Weltöffentlichkeit nahm bisher kaum Notiz davon, dass z. B. Sekou Touré und Raul Castro, der Bruder des kubanischen Präsidenten, in Prag studierten. Erst in jüngerer Zeit beobachtet man erstaunt die Nachwirkungen dieses «Studiums» (KB, Nr. 47, «Weltanschauung — freiwillig»).

In der kürzlich erschienenen Schrift «Die kommunistische Gefahr, die Entwicklungsländer und wir», die von der Aktion «Niemand vergessen...» herausgegeben wurde, heisst es u. a.:

«Sekou Touré, der selber in Prag geschult wurde, ist nun Regierungspräsident des unabhängigen Guinea. Als einen der ersten internationalen Staatsakte schloss er ein Kulturabkommen mit der Tschechoslowakei ab. Befragt, warum er das getan habe, antwortete er wörtlich: ‚Man hat mir dieses Abkommen angeboten, also habe ich es unterzeichnet. Nun bekommen wir wissenschaftliches Material und können unsere Studenten ins Ausland schicken. Wir müssen uns dringend eine Elite schaffen. Also nehmen wir jede Hilfe an. Es ist keine Zeit zu verlieren, nicht einmal ein Tag.‘ Wenig bekannt ist auch, dass die UdSSR bereits im Jahre 1921 (!) eine Universität für die Völker des Ostens eröffnete, auf welcher die Kaderausbildung für die Bannerträger des Kommunismus in Asien und Afrika durchgeführt wurde. Tatsache ist jedenfalls, dass die meisten asiatischen Kommunistenführer von heute, ehemalige Studenten dieser Universität sind.

Es wäre gefährlich, wenn sich in der freien Welt die Meinung durchsetzen würde, dass eine grosszügige Wirtschaftshilfe für die Länder, welche noch in Entwicklung begriffen sind, ausreichen könnte, um die Menschen dieser Gebiete vor dem Kommunismus abzuschirmen. Das eine tun und das andere nicht lassen, nämlich alles zu unternehmen, dass diese Menschen aus unterentwickelten Gebieten ihre Kenntnisse auch aus einer freiheitlichen Atmosphäre beziehen können, dürfte auf längere Sicht das Richtige sein. Das Stipendienwesen müsste dabei jedoch entschieden grosszügiger gehandhabt werden, als dies manchenorts im Westen noch der Fall ist. Der ganze Fragenkomplex bedürfe einer umfassenden Revision, wobei es gilt, mit gewissen überlebten Denkformen und Vorurteilen radikal aufzuräumen, soll der Westen bei derartigen Bestrebungen nicht in den Verruf kommen, an die Stelle des alten, abgewirtschafteten Kolonialismus einen solchen neuer Prägung zu setzen. Dadurch würde sich der Westen nicht nur die letzten Sympathien in Entwicklungsländern verschmerzen, sondern auch seine Milliarden, die er aufzubringen imstande ist, ins Wasser werfen.

Nicht zu vergessen ist vor allem, dass in den Entwicklungsstaaten auch eine entsprechende Organisation, eine staatspolitische Struktur und ein wirtschaftspolitischer Aufbau geschaffen werden muss, denn eine Hilfe kann nur wirksam sein, wenn sie in jene Hände gelangt, die darin nicht eine persönliche Bereicherung sehen, sondern die Mittel tatsächlich den Völkern zugutekommen lassen.



## Bildungswesen

### UdSSR

## Die Entwicklung der Hochschul- und Fachmittelschulen

Eine der bemerkenswertesten Leistungen der seit 43 Jahren bestehenden Sowjetmacht ist bestimmt der grosszügige Ausbau des Bildungswesens. Das Aufbauprogramm hat seine Anfänge in der NEP-Zeit (Aufstellung des neuen Wirtschaftsprogrammes) der zwanziger Jahre, wurde jedoch erst in den Jahren des ersten Fünfjahresplanes 1928—1933 energisch vorangetrieben. Bereits bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hat sich die Zahl der Hochschulabsolventen gegenüber 1928 vervierfacht. Noch beachtlicher war die Entwicklung an den technischen und anderen Fachmittelschulen. Hier war im gleichen Zeitraum die Zahl der Absolventen um mehr als das Achtfache gestiegen. In den Nachkriegsjahren wurde das Netz der Hochschulen, Techniken und Fachmittelschulen noch weiter ausgebaut und bis zum Jahre 1958 hatten sich die Zahlen mehr als verdoppelt.

## Touristik

### Wie die Kapitalisten

Als vor zirka drei Jahren die Grenzen der UdSSR ausländischen Besuchern geöffnet wurden, erlebte Moskau eine wahre Touristeninvasion aus dem Westen. Die Zahl der Besucher, die das kommunistische Imperium mit eigenen Augen sehen wollten, wuchs von Jahr zu Jahr und erreichte 1960 150 000 Personen. Die anfängliche Freude und Genugtuung über das grosse Interesse an der Sowjetunion erhielt jedoch unerwartet Dämpfer auf Dämpfer infolge abfälliger Bemerkungen, welche die westlichen Touristen über den Zustand der Hotels machten. Man merkte, dass diesbezüglich das Prestige der UdSSR auf dem Spiel stand, was Partei und Regierung veranlasste, den Konkurrenzkampf mit der kapitalistischen Hotellerie anzutreten. So wurde denn zu Jahresbeginn der Bau eines modernen Luxushotels in Moskau (neben dem Kreml gelegen) angekündigt, eines Bauwerks, das alle Hotel Europas an Grösse, Schönheit und Komfort übertreffen soll. Das geplante Hotel soll mit seinen 12 Stockwerken und einem zwanzig Etagen hohen Turm eine neue Sehenswürdigkeit der Hauptstadt werden. Die 3400 Zimmer des Monster-Hotels werden mit Klimaanlagen ausgestattet. Ferner sind zwei Kinos, eine Konzerthalle, ein Einkaufszentrum und eine Garage für 300 Autos vorgesehen («Economitscheskaja Gazjeta»).

## Justiz

### Polen Durchsuchung vor Feierabend

Zwei Jahre brauchte es in Polen, um die 1958 zur Anzeige gebrachten Wirtschaftsdelikte zusammenzuzählen. Die Summe fiel aber dafür auch imposant genug aus, handelte es sich doch um nicht weniger als 604 000 Fälle.

Allerdings erhob die Staatsanwaltschaft «nur» 231 000mal Klage. Der Rest, so schrieb Zbigniew Zabe in seinem von «Prawo i zycie» veröffentlichten Artikel, nämlich rund zwei Drittel der Anzeigen, «gründete sich entweder auf falsche Angaben oder auf Tatbestände von geringer Bedeutung». Die hohe Zahl dürfte immerhin bezeichnend für die staatlich geförderte Atmosphäre des Misstrauens und das allgemeine gegenseitige Spitzeltum sein.

Eine vom Artikelverfasser lediglich als «lächerliche aber charakteristische Bagatelle» gebrandmarkt und als Beispiel angeführte Angelegenheit ist aber noch in einer andern Hinsicht höchst bemerkenswert. In einer Fabrik entdeckte die Betriebswache beim Ausgang anlässlich der Durchsuchung des heimgehenden Personals bei einem Arbeiter zwei Nägel. Der betreffende «Dieb» wurde sofort entlassen und die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. Diese forderte dann später die Fabrikdirektion auf, inskünftig von solchen Anzeigen abzusehen.

Dass eine solche Durchsuchung von Betriebspersonal auch 1960 noch aktuell war, zeigt ein schon im November im «Kurier Polski» veröffentlichter Beitrag, in welchem es hiess: «Jedermann, der die Anlage eines beliebigen staatlichen Produktionsbetriebes betritt, muss sich einer komplizierten Prozedur von Legitimation und einer eingehenden Untersuchung unterziehen. Das gleiche gilt beim Verlassen der Anlagen. Dieses System wird von trauriger Notwendigkeit diktiert. Manche Betriebe denken aber daran, ein solches Vorgehen durch andere, weniger peinliche Formen der Diebstahlsverhütung zu ersetzen.»

Auf einem andern Gebiet von Wirtschaftsdelikten liegen die Angaben des abgelassenen Jahres selbst vor, wenigstens teilweise. Allein im Hafen von Gdingen wurden 1960 von den Zollbeamten Waren im Wert von 2 730 000 Zloty beschlagnahmt. Die Summe übertrifft jene des Vorjahres um 500 000 Zloty.

## Arbeitergerichte

In der letzten Woche haben nun auch in Warschau sogenannte «Soziale Arbeitergerichte» ihre Tätigkeit aufgenommen, nachdem sie schon seit Oktober in der Stadt und Wojewodschaft Wroclaw (Breslau) existierten. Offizieller Zweck dieser Institutionen, die den sowjetischen Kammergerichtsgerichten (KB, Nr. 46) entsprechen ist die Entlastung der ordentlichen Gerichte und Justizorgane.

Die Arbeitergerichte werden durch Beschluss von Gewerkschaftskommissionen auf Antrag der Arbeiterselbstverwaltung ins Leben gerufen. An sich stehen ihnen nur Empfehlungen an die zuständigen Justizbehörden oder disziplinarische Bestra-

fung von Angestellten zu, in Anlehnung an den geltenden Kollektivvertrag und den Arbeitsreglementen. Wieweit disziplinarische Massnahmen faktisch strafrechtliche Verurteilungen ersetzen werden, wird wohl die Praxis entscheiden.

Die Richter werden von der gesamten Belegschaft in offener Abstimmung gewählt. Das massgebende Warschauer Organ «Trybuna Ludu» scheint sowohl diesem beeinflussbaren Wahlmodus als auch den Verhandlungen, bei denen jedermann das Wort ergreifen kann, nicht ohne Skepsis gegenüberzustehen. «Die Befürchtung drängt sich auf, dass die Teilnehmer nicht immer objektiv sein werden. Können nicht zum Beispiel Leute, die einer bestimmten Person unterstellt sind, aus Angst vor Repressalien zu deren Gunsten aussagen?»

Ferner bringt die Zeitung, die natürlich im Prinzip von der «vollen Richtigkeit der Bildung von Arbeitsgerichten» überzeugt zu sein hat, auf Grund der niederschlesischen Erfahrungen weitere Bedenken an: «Oft stellte sich heraus, dass die Fabrikleitung beispielsweise durch ungebührliche Sicherung des Sozialeigentums (vermutlich der Art wie unser Beispiel mit den zwei Nägeln weiter oben zeigt) die Bedingungen für das Verbrechen geschaffen hatte.» Von den 32 Fällen, die bisher in Wroclaw behandelt wurden, betrafen 28 Kleindiebstähle und vier «Hooliganismus». Die üblichen Strafen waren Tadel, Entlassung oder Prämienentzug.

## Landwirtschaft

### Ungarn

## Man hat nie ausgelernt

Dass bei den LPGs — Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften — vieles nicht so klappt, wie die massgeblichen Planer es gerne haben möchten, ist eine altbekannte Tatsache. Von verschiedenen Flanken her wird deshalb der Stier bei den Hörnern gepackt, welcher jeweils das auf dem Papier so gut aussehende Programm und die Erfüllung der Pläne über den Haufen rennt.

So werden in jüngster Zeit besonders die Präsidenten der LPGs etwas genauer unter die Lupe genommen, denn von ihrem Können hängt, wenn auch nicht alles, so doch zum mindesten einiges ab. Darum veranstaltet (laut «Nepzabadsag», 1. Januar 1961) von Anfang dieses Jahres an das ungarische Landwirtschaftsministerium einmonatige Kurse für die Präsidenten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Insgesamt sollen sich 2900 Präsidenten daran beteiligen. Zweck dieser Kurse ist es, den Vorstehern der LPGs die notwendigen Kenntnisse über Betriebsorganisation, Mechanisierung der Landwirtschaft, Agrarpolitik und das Rechnungswesen zu vermitteln.

Neben den mangelhaften Fähigkeiten der Präsidenten sind es aber noch andere LPG-Probleme, welche einer Lösung entgegengeführt werden sollen, sofern das überhaupt möglich ist.

Man hat nämlich festgestellt, dass sich eine gewisse Ueberalterung in den LPGs bemerkbar macht, indem die jungen Leute der Landwirtschaft den Rücken kehren und sich in die Städte begeben, um in der Industrie zu arbeiten. Die Gründe, die die jungen Burschen zum Auszug aus den

Dörfern veranlassen, dürften nicht zuletzt in der besseren Entlohnung usw. zu suchen sein. Tatsache ist, dass sich bei der LPG «Neues Leben» in der Ortschaft Polgár (Ostungarn) fast nurmehr Landwirte betätigen, die über 50 Jahre zählen. Die Direktion der genannten LPG richtete deshalb einen Brief («Nepszabadsag») an all jene jungen Leute, welche das Dorf verlassen hatten, um sich im Industriesektor zu betätigen, in dem diese eingeladen werden, in die LPG zurückzukehren, wobei ihnen allerdings verschiedene materielle Vorteile in Aussicht gestellt werden mussten. Wie der Presse zu entnehmen ist — denn solche Rückkehrer werden zum Teil öffentlich gepriesen — kehren denn auch hin und wieder solche jugendliche Abwanderer tatsächlich zurück.

Die «Dorfllucht» ist infolge der fortschreitenden Kollektivierung der Landwirtschaft zu einer allgemeinen Erscheinung geworden, die nicht ohne Auswirkungen auf die LPGs bleiben kann. (Vgl. auch Seite 3 der heutigen Ausgabe des «KB».)

## Religion und Ethik

### «Familienfeiern»

«Wir, die Eltern und die Paten, geloben feierlich, dass wir unser Kind, dem wir den Namen... geben, zu einem ehrlichen, arbeitsamen und volkstreuem Menschen zu erziehen. Wir wollen unsere ganze Kraft dafür einsetzen, unser Kind zu einem würdigen Mitglied unserer sozialistischen Gesellschaft und zu einem treuen und ergebenen Bürger unseres Staates zu machen.» Dieses Gelöbnis stammt aus dem kürzlich im Kossuth-Verlag erschienenen Buch «Die Veranstaltung von Familienfeiern durch die Gemeinschaft», als dessen Verfasser Zoltan Racz zeichnet. Der Autor ist Mitarbeiter des Institutes für Volkserziehung. Die Zeitung «Kisalföld» schreibt darüber: «Das Buch ist hochaktuell, da viele Menschen schon aufgeklärt sind und die religiösen Dogmen sowie die mystischen, Handlungen ablehnen. Dieser Prozess wird sich mit der Entwicklung der sozialistischen Verhältnisse weiter beschleunigen, und immer mehr Menschen werden den religiösen Vorstellungen und Gebräuchen den Rücken kehren. Das Buch enthält gute Hinweise für die Komitees, die sich mit der Veranstaltung von Familienfeiern beschäftigen, und es bemüht sich, den Leser mit den Worten Marx zu überzeugen, dass die «Religion Opium für das Volk» ist.

Das Buch enthält aber auch Musterbeispiele für Ansprachen, die man z.B. bei einer Namensgebungsfeier (die der Taufe entsprechen soll) halten soll:

«Heute ist die Geburt eines kleinen Menschen eine grosse Freude, die nur unser Regime beschenken kann. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall, da wohl der Schutz der Familie verkündet, für die Entwicklung der jungen Menschen aber nichts getan wurde.»

Das scheint jedoch selbst dem Artikelverfasser in der erwähnten Zeitung etwas zu sehr ins dicke Tuch zu gehen, denn er meint abschliessend:

«Man erhält das Gefühl, der Verfasser des Buches habe das Ziel verwechselt, da er statt intimer Familienfeiern Seminarien propagiert.»

Dieser Meinung darf man sich sowohl vorbehaltlos anschliessen.

## Gedenktage 1961

### Was geschah unter anderem

#### vor 100 Jahren (1861)

Abfall der Südstaaten von der Union und Beginn des amerikanischen Bürgerkrieges (Sezessionskrieg), des ersten «modernen» Krieges.

Aufhebung der Leibeigenschaft in Russland. Festigung der russischen Macht im Fernen Osten durch Gründung von Wladivostok.

#### vor 50 Jahren (1911)

Revolution in China unter Führung von Sun Wen (Sun Yat-Sen). Abdankung des Mandchu-Kaisers Pu Ji.

In Deutschland erscheint Gustav Landauers «Aufruf zum Sozialismus».

Erste Fernlenk-Versuche durch Wirth auf dem Wannsee bei Berlin.

Der russische Staatsmann und Agrarreformer Peter Arkadjewitsch Stolypin fällt in Kiew einem Attentat zum Opfer.

#### vor 25 Jahren (1936)

Italien beendet die Eroberung von Abessinien. Mussolini verkündet das italienische Imperium und König Victor Emaunel III. nimmt den Titel eines Kaisers von Aethiopien an.

In Spanien siegt bei den Wahlen die Volksfront aus Republikanern, Syndikalisten, Sozialisten und Kommunisten — Ausbruch eines Militäraufstandes im Juli, Entwicklung zum Bürgerkrieg und Bildung einer Gegenregierung in Burgos mit General Franco als Staatschef.

Vertrag von Montreux gibt der Türkei die volle Souveränität über die Meerenge zurück. Durchfahrtsverbot für Kriegsschiffe kriegführender Mächte.

Roosevelt wird erneut zum Präsidenten der USA gewählt. Er warnt Japan vor weiterer Machtausbreitung.

Die Sowjetunion gibt sich unter Stalin eine neue Verfassung.

Hitler erklärt den Locarno-Pakt für ungültig. Die Wehrmacht besetzt das entmilitarisierte Rheinland. Begründung der Achse Berlin—Rom und des Antikomintern-Paktes (mit Japan).

Gestorben in Gorki (Novgorod) der russische Dichter Gorki.

#### vor 10 Jahren (1951)

Die Uno verurteilt die kommunistische Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) (Südkorea).

Die kommunistische chinesische Volksrepublik bringt auch die letzten chinesischen Festlandgebiete unter ihre Herrschaft.

Nehru spricht sich für eine indische Mittlerrolle zwischen Ost und West aus.

Aegypten kündigt vorzeitig die aegyptisch-britischen Vereinbarungen von 1936 und die Konvention von 1899.

Das vom Ostblock boykottierte Jugoslawien richtet seine Wirtschaftsbeziehungen stärker nach dem Westen aus und erhält von diesem wirtschaftliche Unterstützung.

Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion).

## Unser Memo

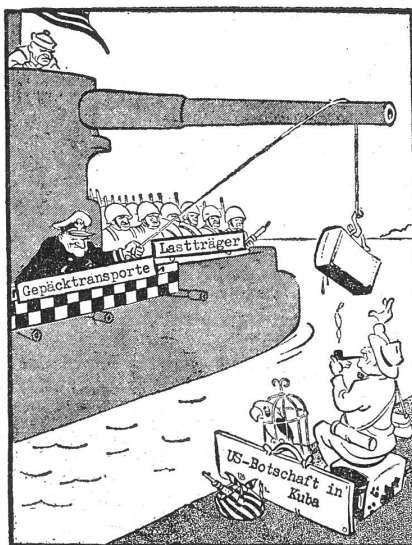
Dass Begriffe, vor allem aber politische Begriffe, im Gebrauch oft einen neuen Inhalt nehmen oder einfach «abgenützte Münze» werden, ist eine allgemeine Erscheinung. Totalitäre Regimes haben das Bestreben, diese Umwertung der Werte bewusst zu fördern, sowohl zur Tarnung eigener Ziele als auch zur Ausnützung bestimmter vorhandener Gefühle für einen andern Zweck. Der Kommunismus hat es ganz besonders verstanden, zweckentfremdete Losungen und Schlagworte einzusetzen. Sie sollen das eigene Programm mundgerecht machen und dessen Gegner herabsetzen. Diese wurden und werden immer noch als «Faschisten», «Imperialisten» und «Kriegshetzer» hingestellt, aber zum sattsam bekannten Repertoire kommt neuerdings noch eine Formel, die in ihrer Schlichtheit auffallend ist: die «Antikommunisten». Ihre Verwendung lässt auf erheblich erstarktes Selbstbewusstsein schliessen, denn sie basiert auf der Annahme, dass «Kommunismus» schon in weiten Kreisen mit einer positiven Vorstellung verbunden ist, seine Befehdung mit einer negativen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der «Faschismus» jene vernebelnde Formel, mit der man die Gegner des Kommunismus bekämpfte, vorwiegend übrigens in solchen Ländern, wo es eigentlich überhaupt keinen Faschismus, aber um so mehr einen Nationalsozialismus gegeben hatte. Nur durfte man diesen nicht bei seinem wahren Namen nennen, da doch der Kommunismus mit ihm 1939 einen Freundschaftspakt geschlossen hatte. Dazu kam auch eine rein terminologische Ueberlegung, die zeigt, wie wichtig die Wahl des geeigneten Schlagwortes ist. Das im Begriff «Nationalsozialismus» enthaltene Wort «Sozialismus» hätte bei der eigenen Bevölkerung Verwirrung schaffen können. Ein Indiz dafür, wieviel Urteilskraft der Kommunismus seinen Gefolgsmassen zutraut. Aus diesen Gründen wurden nach Kriegsende in allen kommunistisch besetzten Ländern die Nazis wegen «Faschismus» und nicht wegen ihrer tatsächlichen nationalsozialistischen Tätigkeit verurteilt. Oft genug wurden auch ehemalige Gegner der Nazis, sofern sie sich den Kommunisten widersetzen, einfach zu «Faschisten» deklariert und hingerichtet oder eingekerkert.

Im Zeichen der Koexistenzpolitik, als das Schlagwort des «Faschismus» ohnehin abgegriffen war, erfand man den Ausdruck «Anhänger des Kalten Krieges», der nun formelhaft gegen alle Kritiker der kommunistischen Politik angewandt wurde. Die Periode des internationalen «Taufweters» nahm dann in Paris ein unrühmliches Ende, und da der Kommunismus selbst wieder zum Kalten Krieg zurückgekehrt war, wurde die Anwendung eines weniger verfänglichen Schlagwortes wieder aktuell. Die jüngste Moskauer Erklärung der kommunistischen Parteien forderte dann auf, «den Antikommunismus entschieden zu bekämpfen». Gegen die kämpferische Verbreitung der kommunistischen Ideologie richtet sich natürlich kein Verbot, denn laut Erklärung gibt es «keine Versöhnung» mit andern Ideologien. In seiner propagandistischen, formelhaften Anwendung um-

fasst der Begriff des Antikommunismus jede Kritik an der kommunistischen Politik und jedes sich zur Wehr setzen kommunistischen Uebergriffen gegenüber.

Nicht verfehlt sei, dass es in gewissen westlichen Kreisen ebenfalls ungute Tendenzen beim Gebrauch des Wortes «Kommunismus» gibt. Es war beispielsweise möglich «Kommunismus» zu sagen, wenn man die Gefährdung seiner Zuckerplantagen oder sonstiger Partikularinteressen meinte. Man hat vielleicht mit dieser Methode mehr Leute ins kommunistische Lager getrieben, als nötig war.



## Übersee-Taxi

Unter diesem Titel beschäftigt sich die Darstellung der sowjetischen Zeitung «Trud» mit dem Abbruch der amerikanischen-kubanischen Beziehungen und der angeblich drohenden Invasion durch die USA. «Wir sind auf Ihren Anruf gekommen, Minister», lautet der Text. «Befehlen Sie die Dienstleute an Land zu schicken?» Unterdessen hat sich ja Castro selbst davon überzeugt, dass die amerikanischen Dienstleute nicht an Land gehen würden.

## Der Schnappschuss

Als sich Sinaida Masurowa in Moskau dem Gericht stellte, um sich als Grossbetrügerin aburteilen zu lassen, hatte sie alle Mühe, die reichlich vorhandenen Zeugen ihrer Delikte aufbieten zu lassen. Sie hatte rund 50 bessere Genossen mit dem Versprechen beschwindelt, ihnen dank ihrer Stellung in der Sportabteilung des Gebietssowjets gegen normale Bezahlung bald einen Personenwagen zu verschaffen. Von den Geprellten wollte keiner klagen. Sie hatten zum Schaden nicht nur den Spott zu fürchten, sondern auch unangenehme Kritik wegen der Suche nach privaten Vorteilen.

Die öde Sprache von Bürokratie, behördlichen Vernehmlassungen und offiziellen Reden prangert der Schriftsteller Konstantin Panstowski in einem Beitrag zur gegenwärtigen Kampagne zur Wiederbelebung einer sauberen und reicheren russi-

schen Sprache an. Auch die im Dienst des Staates stehenden Autoren befehligten sich viel zu sehr schablonenhafter Albernheiten und Platitüden.

Eine sehr deutliche Sprache führte im polnischen Sejm der katholische Abgeordnete Stomma, als er sich mit einer antikirchlichen Broschüre der ZK-Propagandaabteilung befasste. Es handle sich um den Versuch, «die Kirche in eine konservative Stellung zu drängen, ja sie der Verblödung auszusetzen». Auch die weiteren Ausführungen des Parlamentariers über die staatliche Behinderung des kirchlichen Lebens wurden vom katholischen «Tygodnik Powszechny» im Wortlaut abgedruckt.

Die bulgarische Doppelzüngigkeit in bezug auf Religion (KB, Nr. 42) zeigte sich wieder anlässlich der orthodoxen Weihnacht, die gemäss dem julianischen Kalender am 7. Januar begangen wurde. «Cerkoven Vestnik», Sofia, hatte vor kurzem einen langen, von andächtiger Besinnung erfüllten Artikel über den Heiligen Abend veröffentlicht, der den Eindruck erweckte, als ob alle Familien im Lande dieses Fest in traditioneller Weise feiern könnten. Am 6. Januar verurteilte dann «Trud» mit aller Schärfe den «christlichen Aberglauben», nachdem zwei Tage zuvor Radio Sofia die Arbeiter gewarnt hatte, wegen Weihnachten ja keine Arbeit zu versäumen: «Es ist ein Verbrechen, wegen Einhaltung religiöser Feiertage kostbare Zeit zu vergeuden».

Das rumänische «Orasul Stalin» (Stalinstadt) in Siebenbürgen heisst jetzt nach Beschluss der Nationalversammlung und «auf Wunsch vieler Werktätigen» wieder Brasov.

## Curriculum der Woche

ERNESTO GUEVARA

Uebt als Präsident der kubanischen Nationalbank praktisch die Funktionen eines Finanz- und Wirtschaftsministers aus. Geboren am 14. Juni 1928 in Argentinien. Medizinstudium. Von den Behörden Perons ausgewiesen. Im Exil lernt er 1955 in Mexiko Fidel Castro kennen. 1956 nimmt er an der Landung auf Kuba teil, die den Auftakt zum Aufstand gegen das Regime Batista bildete. Bewährt sich in der Bewegung Castros als Organisator und Heerführer und wird 1957 Befehlshaber einer aufständischen Armee-Einheit, die dann am 1. Januar 1959 in Havanna einmarschiert. Wird unter dem Regime Castro Regierungsmitglied und ist u. a. an der Abfassung des Gesetzes über Bodenreform tätig. Nach einer Wirtschaftsreise durch Afrika und Asien im November 1959 zum Präsidenten der Nationalbank ernannt und baut in dieser Schlüsselposition besonders die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ostblock aus. Unternahm Ende des letzten Jahres eine mehrmonatige Reise durch kommunistische Staaten und kehrte kurz vor Neujahr nach Havanna zurück, wo ihm jedoch auffälligerweise kein besonderer Empfang zuteil wurde.